

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis: Vierteljahr 4.50 RM. monatlich 1.50 RM. frei ins Haus...

Anzeigenpreis: Nebenblätter und Kolonelleisten 80 Pfg. kleine Anzeigen 20 Pfg. (inkl. 2 festgedruckte Worte)...

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Mittwoch, den 22. Mai 1918. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Diktatur in Finnland.

Hetman Svinhuvud.

Stockholm, 21. Mai. (W. Z. B.) „Svenska Dagbladet“ erfährt interessante Einzelheiten zur Ernennung Svinhuvuds zum Reichsvorstand...

Herr Svinhuvud hat also sachlich die monarchische Gewalt, aber er übt sie nur interimistisch und persönlich. Natürlich, ein bürgerlicher Herr Svinhuvud kann doch im Reich der gottgewollten Abhängigkeiten nicht von heute auf morgen Monarch werden...

In welchem Maße man sich hiermit die Sympathien des finnischen Volkes erwerben wird, das sagt die obige von W. Z. B. verbreitete Meldung so deutlich, daß wir es hier nicht näher zu illustrieren brauchen.

Stockholm, 21. Mai. Sämtliche Guthaben des russischen Staates an Geld oder Waren bei den finnischen Bürgern innerhalb Finnlands sind durch Verfügung der Regierung beschlagnahmt worden...

Staatsprozeß gegen den Czaren.

Peterburg, 20. Mai. Das als „Rasche Stowo“ wiedererscheinende „Ruchojje Stowo“ meldet aus Moskau: Eine bolschewistische Kommission unter dem Vorsitz Krylenkos ist als Gerichtshof über den früheren Zaren eingesetzt worden...

Bern, 21. Mai. In Bern traf aus Moskau über Berlin eine diplomatische Delegation der russischen maximalistischen Regierung ein, bestehend aus 11 Mitgliedern. An der Spitze der Delegation steht der Letzte Jean Bergine.

Ukrainische Ministerernennungen.

Kiew, 19. Mai. Der Sozialliberalist Doroschenko ist zum Vertreter des Ministeriums des Ackerbaus ernannt worden. Professor Sienkowski ist zum Kultusminister und Geheimrat Verche, früher Vorsitzender der Finanzkommission der dritten Duma, an Stelle Suprunis zum Direktor der Kreditanstalt ernannt worden...

Protest der „Humanität“ gegen die französischen Kriegsziele.

Aus Genf erhält L.-U. unter dem 21. Mai folgenden telegraphischen Bericht: Die größte Sensation erregt Renaudel in seinem Artikel in der „Humanität“. Er enthält, daß die ursprünglichen Abmachungen der Entente reinen Eroberungszielen diene und stellt fest, daß sich die französische Armee rundweg weigere, weiterhin für solche imperialistischen Pläne ihr Blut zu opfern...

Ehe man ein Urteil über die Bedeutung dieses Artikels abgibt, wird man abzuwarten haben, bis er im Wortlaut vorliegt. Nach der Haltung der „Humanität“ in den letzten Monaten scheint

Voller Erfolg in der Verteidigung des Kemmels. — Schwerste Verluste französischer Sturmtruppen. — Englische Reserven nicht zum Einsatz gelangt. — 59 feindliche Flugzeuge vernichtet. — Lebhaftige Tätigkeit an der italienischen Front.

Berlin, 21. Mai 1918, abends. Amtlich. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues. Amtlich. Großes Hauptquartier, 21. Mai 1918. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Kemmel war gestern wiederum das Ziel heftiger feindlicher Angriffe. Sie sind blutig gescheitert. Die Verteidiger des Kemmel-Berges haben einen vollen Erfolg errungen.

An der Front von Doornmekele bis westlich von Dronoeter leitete härtester Feuerkampf die Infanterieangriffe ein. Ihr Hauptstoß war gegen den Kemmel-Berg und seine westlichen Hänge gerichtet. In mehreren Wellen brachen die vorn eingesehten französischen Truppen vor. Infanteristische und artilleristische Feuerkraft brachte ihren Aufsturm zum Scheitern und zwang sie unter schwersten Verlusten zur Umkehr. Dertliche Einbrüche des Feindes in unsere Trichternähe wurden durch Gegenhöhe wiederhergestellt. Deftlich von Loker ist noch ein Franzosenneß zurückgedrängt. Englische Divisionen standen nach Gefangenenansagen in dritter Linie bereit. Da den Franzosen jeder Erfolg verweigert blieb, kamen sie nicht mehr zum Einsatz. Am Abend und während der Nacht nahm der Artilleriekampf mehrfach größte Heftigkeit an. Erneute feindliche Angriffe am Abend aus Loker heraus und nördliche Teilvorstöße nördlich von Loker wurden abgewiesen.

An den übrigen Kampfzonen verlief der Tag verhältnismäßig ruhig. Stärkeres Feuer lag auf unseren Batteriestellungen und rückwärtigen Ortschaften beiderseits der Yser, namentlich in Verbindung mit heftigen Infanteriegefechten nördlich von Merville. Am Abend trat auch bei Bucquoy und Debunterne, südlich von Billers Bretonneux und der übrige vordringend Feuerleistung ein.

An der übrigen Front nichts von Bedeutung. In den letzten drei Tagen wurden 59 feindliche Flugzeuge und 3 Fesselballone zum Abwurf gebracht. Lieutenant Loewenhardt errang seinen 24., Bizefeldwebel Rumey seinen 20. und 21. Luftpfeil.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 21. Mai 1918. Amtlich wird verlautbart: An der italienischen Front führte die beiderseits entfaltete Erkundungsstätigkeit zu mehrfachen Kampfhandlungen. — Sichtlich von Mori stießen in der Nacht zum Sonntag Abteilungen ungarischer Infanterie in die feindlichen Stellungen vor. Am Loppio-See, bei Asiago und auf dem Sasso-Rosso wurden italienische Patrouillen zurückgewiesen. Ferner wurden härtere feindliche Erkundungsabteilungen durch Gegenstoß geworfen. Bei Capo-Sile entriß uns der Italiener einen Borposten-graben.

Die I. und I. Fliegerkompanie Nr. 14 schoß am 19. d. M. vier feindliche Flugzeuge ab, die alle auf unserem Boden niederstiegen.

Der Chef des Generalstabes.

eine Ablage an die jetzige französische Regierung, die einen irreparablen Bruch bedeuten würde, wenig wahrscheinlich.

Aus einem Artikel der „Daily News“ erfährt man übrigens recht interessante Einzelheiten über die Aufnahme des Kaiserbriefes im französischen Kammerausschuß. Das Blatt polemisiert gegen Balfour und schreibt, es sei klar, daß die Alliierten die Vorschläge zuerst ernst nahmen. Wenn Balfour ihre schlechliche Entscheidung mit Verufung auf die Erklärung des französischen Kammerausschlusses zu rechtfertigen sucht, begibt er sich auf zweifelhaftes Gebiet. Die Erklärung dieser Körperschaft, daß die Vorschläge des Kaisers von Österreich zu keiner Zeit eine Grundlage für einen annehmbaren Frieden bildeten, wurde nur von 13 aus 44 Mitgliedern angenommen. Zwanzig waren bei der Abstimmung abwesend, 5 stimmten dagegen, 6 einschließlich Albert Thomas, enthielten sich der Abstimmung. Das kann schwerlich als gegen den Kaiser von Österreich sprechender Befund angesehen werden.

Was „gesichert“ werden soll!

Von Paul Hirsch.

Zwar hat das Abgeordnetenhaus die meisten der sogenannten Sicherungsanträge abgelehnt, aber nachdem der Ministerpräsident Graf Hertling erklärt hat, die Regierung werde die bezüglichen Anregungen mit allem Ernst und allem Wohlwollen prüfen, und nachdem der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg vierzehn Tage später hinzugefügt hat, daß sie den Sicherungen des Zentrums zustimme, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Anträge in einem späteren Stadium der Verhandlungen trotzdem noch zum Beschluß erhoben werden.

Die Tendenz der Sicherungen geht dahin, die besfürchteten, allzuweit gehenden radikalen Folgen, die sich aus dem allgemeinen Wahlrecht ergeben könnten, zu beseitigen. Daß in der Gesetzesvorlage selbst schon derartige Sicherungen angeregt sind, hat Graf Hertling offen zugegeben. Trotzdem hat das Abgeordnetenhaus einem dieser Anträge bereits zugestimmt, es hat beschlossen, nicht nur, daß bei Abgrenzung der Wahlbezirke und der Verteilung der Abgeordneten auf sie neben ihrer Einwohnerzahl auch ihre Flächenausdehnung sowie ihre geschichtliche und wirtschaftliche Bedeutung berücksichtigt werden sollen, sondern daß auch für eine Verringerung einer Stimmenmehrheit von zwei Dritteln in jeder Kammer erforderlich ist. Das bedeutet beinahe die Unmöglichkeit, die 60 Jahre alte Wahlkreiseinteilung, in der zum guten Teil die Hauptstärke der reaktionären Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses wurzelt, in absehbarer Zeit zu beseitigen. Die jetzige Wahlkreiseinteilung, die die Städte systematisch zugunsten der Landkreise entrechtet, soll, wenn irgend möglich, verewigt werden.

Ein anderer Sicherungsantrag hatte den freikonservativen Abgeordneten Dr. Vredt zum Vater; er sah neben einer Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen auch eine solche für Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen über die Wahlen zum Hause der Abgeordneten und zu den Gemeindevertretungen vor. Der Antrag wollte also einen Damm aufrichten einmal gegen eine zukünftige Erweiterung des Stimmrechts für die Wahlen zum Abgeordnetenhause, und zweitens gegen eine Reform des Gemeindevahlrechts. Wie der Antragsteller ausführte, sollte zu weitgehenden Beschlüssen von Stadtverordnetenversammlungen ein Kiegel vorgeschoben und verhindert werden, daß städtische Körperschaften unter einem gleichen Wahlrecht die Ausgaben bis ins Uferlose in die Höhe treiben und so den Besitzenden zu hohe Steuern auferlegen.

Daß das Gemeindevahlrecht in Preußen dringend der Reform bedarf und daß die Inangriffnahme dieser Reformen eine der ersten Aufgaben des neuen Landtages sein muß, das hat die Regierung unumwunden zugegeben. Wie könnte es auch anders sein angesichts des Umstandes, daß wir in Preußen mehr als ein Duzend verschiedener Stadt- und Landgemeindeordnungen, zum Teil recht ehrwürdigen Alters, von denen, so sehr sie auch im einzelnen von einander abweichen, keine das allgemeine Wahlrecht kennt; ja die weitaus meisten von ihnen sehen noch immer die öffentliche Stimmbühne und die Ungleichheit der Wähler vor. Es sind durchweg plutokratische Gesetze, und der plutokratische Charakter ist von Jahr zu Jahr mehr in Erscheinung getreten. Der Versuch vom Jahre 1901, diesen Charakter zu mildern und die durch die Miquelische Steuerreform hervorgerufenen Verschiebungen zu beseitigen, ist nur von vorübergehender Wirkung gewesen, die Milderungen sind durch die neueren Verschiebungen in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen schon nach kurzer Zeit wieder über den Haufen geworfen, und heute ist der plutokratische Charakter eher schärfer denn schwächer als vor 1901. Dazu kommt für fast ganz Preußen das Privileg der Hausbesitzer, das die Wähler auch in der Auswahl ihrer Kandidaten erheblich einschränkt und das die Regierung bereits 1876 beseitigen wollte, weil das Bedürfnis, ja die Möglichkeit einer derartigen, eine besondere Klasse der Einwohnerschaft hervorhebenden Bestimmung vielfach und anscheinend nicht ohne Grund in Frage gestellt war. Bis unmittelbar vor dem Kriege hat die Regierung dann befaßlich in Abweichung von diesem Standpunkt an dem Hausbesitzerprivileg festgehalten, weil sie darin ein Mittel erblickte, den Einzug von Sozialdemokraten in die Stadtparlamente zu erschweren. Alle Reformen der Gemeindevahlgesetze sollen nun nach dem Antrag Vredt an eine Zweidrittelmehrheit gebunden sein, und mögen sie noch so belanglos sein. Ähnliche Erschwerungen finden sich in der Gesetzgebung keines anderen Bundesstaates, Preußen wäre es vorbehalten, in dieser Beziehung dem übrigen Deutschland mit einem nicht gerade nachahmenswerten Beispiel voranzugehen.













